

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Verhalten und Verteilung: Drag II., Telgaska 15 • Križevan: 20793, 31460 • (Rauchschiffen): 20797 • Deßlerhofamt: 37344

11. Jahrgang.

Mittwoch, 14. Oktober 1931

Nr. 239.

## Ueberflüssiges Geschrei. Es kommt keine vormilitärische Erziehung!

Kommunistische, christlichsoziale und deutschnationale Blätter gefolten sich wieder einmal in gespielter Erregung und wollen, genau so wie vor drei Monaten bei der Durchführungsverordnung zum Elektrifizierungsgesetz, die Öffentlichkeit gegen die deutschen Regierungsparteien und vor allem gegen die deutschen Sozialdemokraten aufputschen. Sie behaupten, daß die Regierung die vormilitärische Erziehung auf Umwegen einführen will und daß dieser Zweck durch ein Gesetz über die pflichtgemäße körperliche Erziehung der männlichen und weiblichen (1) Jugend erreicht werden soll. Angeblich befindet sich ein solcher Gesetzesentwurf in Vorbereitung oder gar schon in interministerieller Verhandlung.

Wir haben uns an kompetenter Stelle nach der Sachlage erkundigt und haben erfahren, daß an allen diesen Meldungen kein wahres Wort ist.

Es wurde zwar vor vielen Jahren einmal im Gesundheitsministerium ein Gesetzesentwurf über die obligatorische körperliche Erziehung der Jugend ausgearbeitet, aber dieser Entwurf bildet heute keinerlei Diskussionsgrundlage und besitzt nicht die geringste Aktualität. Alle Behauptungen, als würde daran gedacht, jetzt mit einem solchen Gesetzesentwurf an die Öffentlichkeit zu treten, sind facta ficta.

## Der Fernost-Konflikt im Völkerbundrat.

Neue Fliiegergriffe auf chinesische Städte.

Genf, 13. Oktober. Die öffentliche Sitzung des Völkerbundrates wegen des chinesisch-japanischen Konfliktes wurde heute um 12 Uhr eröffnet. Der Vorsitz wurde dem Vertreter Frankreichs überlassen. Außenminister Briand gab zunächst einen Überblick über den gegenwärtigen Stand des chinesisch-japanischen Konfliktes und erteilte dann dem Vertreter Chinas das Wort, der erklärte, China habe sein Schicksal vollständig dem Völkerbunde anvertraut und die ihm vom Völkerbund auferlegten Verpflichtungen getreulich erfüllt. Für den Schutz der japanischen Bevölkerung nach der von China geforderten Räumung des besetzten Gebietes durch die japanischen Truppen sei bereits Vorkehrung getroffen.

In der Nachmittagsitzung erklärte der Vertreter Japans, es dürfe nicht verschwiegen werden, daß Gewaltakte von chinesischer Seite, Plünderungen und Mißhandlungen begangen worden seien. Er beschäftigte sich ausführlich mit dem Wirtschaftskontext und brachte sodann die bereits bekannte Erklärung des japanischen Kabinetts zur Verlesung, die darin gipfelt, daß Japan auf einer direkten Regelung des Konfliktes zwischen Japan und China besteht und der Auflösung widerspricht, daß die chinesischen Behörden in der Lage seien, die Ordnung aufrechtzuerhalten, wenn erst einmal die japanischen Truppen zurückgezogen seien. Japan sei zur Räumung der noch besetzten Gebiete bereit in dem Maß, als es die Sicherheit des Eigentums und des Lebens der Bevölkerung verlange.

Der Vertreter Chinas lenkte in einer Replik die Aufmerksamkeit des Rates auf einige Telegramme auf.

neue Bombardierungen chinesischer Städte.

Die heute Vormittag in derselben Stunde stattgefundenen Verhandlungen, in der der Rat sich zur Behandlung des Konfliktes versammelt habe. Gegenüber der von dem japanischen Vertreter betonten Bereitschaft zu direkten Verhandlungen erklärte er, daß solche Verhandlungen nicht möglich seien, so lange japanische Truppen sich auf chinesischem Boden befinden.

Nachdem der englische Außenminister Lord Reading den Vertreter Japans gebeten hatte, dem Rate möglichst bald Mitteilungen über die angeführten neuen Bombardierungen zukommen zu lassen, schloß Briand die Sitzung mit der Bemerkung, die Beratung habe in ihm den Eindruck erweckt, daß dieser schwere Konflikt doch nicht zu einer Katastrophe treiben werde.

Der morgige Tag wird vermutlich vertraulichen Besprechungen der Ratsmitglieder und einer persönlichen vertraulichen Aushandlung mit den beiden streitenden Parteien vorbehalten sein.

## Die Weltarbeitslosigkeit. Ziffern des Internationalen Arbeitsamtes.

Genf, 12. Oktober. (Eig. Draht.) Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat am Montag seine 55. Tagung eröffnet. Als Nachfolger für Arthur Fontaine wurde der belgische Regierungsdirektor Mahaim einstimmig zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates gewählt.

Der Konferenz liegt u. a. eine Zusammenstellung der Weltarbeitslosigkeit vor, die ein wahrhaft erschütterndes Bild gibt. Die Zahlen sind unvollständig und nicht miteinander vergleichbar, da in vielen Staaten keine amtliche Statistik besteht und in anderen Ländern nur gewisse Kategorien von Arbeitslosen registriert werden. So hatte Deutschland am 15. August 4.1 Millionen Arbeitslose gegenüber 2.8 Mill. im August 1930, Oesterreich

196.000 Unterstufte gegenüber 156.000, Belgien 176.000 Unterstufte gegenüber 64.000, Dänemark 36.000 organisierte Arbeitslose gegenüber 26.000, Frankreich 53.673 eingetragene Arbeitslose gegenüber 11.200, England 2.8 Millionen gegenüber 2.1 Mill., Ungarn 29.400 organisierte Arbeitslose gegenüber 20.400, Norwegen 22.500 gegenüber 12.900, Holland 66.000 organisierte gegenüber 32.700, Polen 332.800 gegenüber 244.100, Schweden 44.300 organisierte gegenüber 27.200, Schweiz 19.000 eingetragene gegenüber 10.300, Tschechoslowakei 211.000 gegenüber 77.300, Kanada 32.400 organisierte gegenüber 18.500, Neuseeland 48.670 organisierte gegenüber 5371, endlich U.S.A. eine Steigerung der organisierten Arbeitslosen von 15.7 Prozent im Jahre 1930 auf 19 Prozent in diesem Jahre.

## Brüning vor dem Reichstag.

Das Schlimmste bereits überstanden? — Keine übertriebene Angst vor dem kommenden Winter.

Berlin, 13. Oktober. (Eigenbericht.) Der Reichstag hat heute unter außerordentlichem Andrang des Publikums seine Beratungen nach fast halbjähriger Pause wieder aufgenommen. Das Reichstagsgebäude war schon seit den frühen Morgenstunden von vielen Tausendsten umlagert. In dem einzigen Punkt der Tagesordnung „Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung“ erteilt der Präsident dem Reichskanzler das Wort, der von den Kommunisten mit Hurufen wie „Dungerlanger!“ empfangen wird.

Er beginnt seine Rede mit einer formulierten Erklärung der neuen Reichsregierung, die er dem Hause vorstellt und deren Zusammenfassung, namentlich was die Vereinigung des Wehr- und Innenministeriums und die Übernahme des Außenministeriums durch ihn selbst anlangt, er eingehend begründet.

Nach einem Rückblick auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung seit dem Frühjahr und auf die außenpolitischen Aussproben in Chequers, Paris, London, Rom und Berlin befaßt sich der Reichskanzler mit der deutschen Finanzkrise und den in den verschiedenen Abmachungen niedergelegten scharfen Paragrafen, die inzwischen in der ganzen Welt Nachahmung gefunden hätten. Die Reichsregierung sei durch diese allerdings unpopulären Maßnahmen in die Lage versetzt worden, gerade in dieser Zeit zur Rettung der Privatwirtschaft schwebende Schulden in Höhe von fast 200 Millionen Mark zurückzahlen.

Brüning kündigte weiters an, daß die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit dem Reichspräsidenten beschlossen habe, einen Wirtschaftsrat zu ernennen, mit dem zusammen ein Wirtschaftsprogramm für die nächsten Monate ausgearbeitet werden solle. Dieses Programm habe

die Aufrechterhaltung der Stabilisierung der Währung zur ersten Voraussetzung; an ihr dürfe unter keinen Umständen gerüttelt werden.

Die Sozialpolitik, die eine bewährte und unentbehrliche Einrichtung darstelle, müsse allerdings derart gestaltet werden, daß sie sich den finanziellen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten einfüge. Dabei könne an dem verfassungsmäßig verbrieften Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht vorbegegangen werden. Das gelte auch für den Tarifgedanken, der nur größerer Elastizität in der Handhabung bedürfe.

Besonders scharf wendete sich der Reichskanzler später

gegen Schacht,

## Abkündigung der Staatsreligion in Spanien.

Madrid, 13. Oktober. Die verfassungsgebende Versammlung nahm heute einen Artikel der Verfassung an, der lautet: „Es besteht keine offizielle Staatsreligion.“

Die Mönchsorden werden einem Spezialgesetz unterworfen werden. Der Staat wird keine der Religionsgemeinschaften unterstützen. Durch ein Sondergesetz wird die sukzessive Auf-

hebung der bisherigen Staatsbeiträge an die Geistlichkeit geregelt werden.

Ein Spezialgesetz über die religiösen Orden bestimmt die Auflösung der Orden, die sich nicht nur den drei kanonischen Gelübden, sondern auch dem Zölibat unterwerfen, wonach sie in erster Reihe der Autorität des Papstes gehorchen. Die Bestimmung betrifft insbesondere die Jesuiten. Ferner sollen die Orden aufgelöst werden, die durch ihre Tätigkeit eine Gefahr für die Sicherheit des Staates sind.

## Sozialdemokraten gegen die Misstrauensanträge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat nach der Rede des Reichskanzlers zu einer kurzen Sitzung zusammen. Ohne Aussprache wurde beschlossen, die gegen das Kabinett Brüning vorliegenden Misstrauensanträge abzulehnen.

Bestimmend für diese Entscheidung waren die Gründe, die bereits in der gestrigen Sitzung ausgesprochen worden sind. Die Rede des Reichskanzlers bot keinen Anlaß, die politische Situation jetzt anders zu beurteilen. Die Tagung der sogenannten nationalen Opposition in Hertzburg hat gezeigt, daß das Großkapital mit Unterstützung der Nationalsozialisten zum entscheidenden Schlag gegen die Rechte des werktätigen Volkes ausholt. In ihrer Presse wird jetzt ganz offen mit dem Putsch gedroht, wenn die Diktatur der Schwerindustrie und der Großagrarier auf parlamentarischem Wege diesmal nicht verwirklicht werden sollte.

Die sozialdemokratische Fraktion will durch ihre Entscheidung verhindern, daß durch eine neue Kapitalinflation die Gewerbetreibenden und kleinen Sparer noch einmal enteignet werden, daß durch rückstillos Lohnabbau, Verschlagung des Tarifrechtes und der Sozialgesetzgebung die Existenz der arbeitenden Massen vernichtet werde.

Als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion wird Abgeordneter Breitscheid bei Beginn der morgigen Sitzung das Wort ergreifen. Zum zweiten Redner wurde Kufhäuser bestimmt.

hebung der bisherigen Staatsbeiträge an die Geistlichkeit geregelt werden.

Ein Spezialgesetz über die religiösen Orden bestimmt die Auflösung der Orden, die sich nicht nur den drei kanonischen Gelübden, sondern auch dem Zölibat unterwerfen, wonach sie in erster Reihe der Autorität des Papstes gehorchen. Die Bestimmung betrifft insbesondere die Jesuiten. Ferner sollen die Orden aufgelöst werden, die durch ihre Tätigkeit eine Gefahr für die Sicherheit des Staates sind.

## Parlamentsbeginn.

In außerordentlich schwerer Zeit, unter einer außerordentlichen Verantwortung tritt heute die Nationalversammlung zusammen. Mag auch die Tschechoslowakei von den politischen Erschütterungen, wie sie heute Deutschland, wie sie England durchzumachen hat, verschont sein, die wirtschaftliche Katastrophe hat das Land mit aller Wucht erfaßt. Ein schwerer Winter steht uns bevor. Alle Aufmerksamkeit des Parlaments muß der wirtschaftlichen Not zugewendet, alle seine Arbeitskraft der Krisenbekämpfung, der Hilfe für die Krisenopfer gewidmet sein.

Ein großes Arbeitsprogramm ist den Kammern bereits durch zeitbedingte Notwendigkeit vorgeschrieben. Der Staatsvoranschlag muß erledigt werden. In einer Zeit, da in aller Welt neue Inflationsgefahren drohen, reicht die Sicherstellung eines geordneten Staatshaushaltes in ihrer Bedeutung weit über das bloße staatsfinanzielle Gebiet hinaus. Der Voranschlag bringt diesmal eine Reihe von Änderungen, die uns Sozialdemokraten durchaus sympathisch sind: Das Militärbudget wird herabgesetzt, die Bewilligungsausgaben werden verringert, aber die soziale Fürsorge erfährt keine Kürzung, im Gegenteil eine kleine Erhöhung. Darüber hinaus wird ein Kredit von 300 Millionen für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge vorgesehn.

Das Parlament muß auch noch vor Jahresabschluss gesetzgeberische Vorarbeiten auf dem Gebiete der Wohnungsgelegenheiten treffen. Hier stehen die Klasseninteressen, die Parteienforderungen einander schroff gegenüber und es wird ein heißes Ringen notwendig sein, um in der Zeit der Arbeitslosigkeit, des Lohnrückganges, der Kurzarbeit, die Interessen der proletarischen Mieter zu wahren und die notwendige Ausgestaltung der staatlichen Bauförderung zu sichern. Daß die Sozialdemokratie in der Wahrung dieser Interessen eine unabwendbare Pflicht erblickt, die sie zu erfüllen entschlossen ist, muß nicht erst gesagt werden.

Aber wenn in normalen Zeiten dieses Programm ausreichte, um den Sessionsabschnitt bis zum Jahresende auszufüllen, so stellen die außerordentlichen Verhältnisse, unter denen wir leben, das Parlament vor weitere Aufgaben, denen es sich nicht entziehen kann.

In den Sommermonaten ist die Arbeitslosigkeit nicht unbeträchtlich zurückgegangen. Aber darin kam im Wesen nur eine saisonmäßige Erleichterung und die Wirkungen der öffentlichen Arbeiten, namentlich der Bauarbeiten zum Ausdruck. Ein Umschwung der Konjunktur kann noch nicht festgestellt werden. So wird die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten wiederum steigen. Darum wird das Parlament alle Energien darauf verwenden müssen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Arbeit zu schaffen, die Opfer der Krise zu unterstützen.

Wir wissen heute alle und auch die bürgerlichen Nationalökonomien können es nicht mehr leugnen, daß das einzige Mittel, das in wirksamer Weise wenigstens einen namhaften Teil der Arbeitslosen in den Produktionsprozess zurückzuführen kann, in der Verkürzung der Arbeitszeit besteht. Die Vierzigstundenwoche muß kommen und wird kommen. Schon ist sie vielfach durch Vereinbarungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern verwirklicht worden. In Deutschland hat eine Notverordnung zur Anordnung einer kürzeren Arbeitszeit ermächtigt. In Polen hat das Parlament sehr radikale Beschlüsse gefaßt. Auch bei uns sind die Verhältnisse reif, sind die notwendigen Vorarbeiten im Gange. Die Abgeordneten der Gewerkschaften haben ihre Initiativanträge vorgelegt. Das Ministerium für soziale Fürsorge hat eine Vorlage über die Vierzigstundenwoche fertiggestellt. Die Verhandlungsgrundlagen sind also geschaffen und



das Parlament wird sehr bald vor verantwortungsvollen Entscheidungen stehen.

Aber auch die Einführung der Bierzigstundentwoche wird nicht verhindern können, daß die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten einen erschreckenden Umfang annehmen wird.

Im vorigen Winter haben die Selbstverwaltungskörper die staatlichen Unterstützungsaktionen wirksam ergänzen können.

Die Sozialdemokratie weiß, daß sie von einem Parlament mit bürgerlicher Mehrheit keine Wunder erwarten darf.

Das möchte ihnen passen!

Agrarier gegen das gleiche Wahlrecht.

Die „Landpost“ kann sich nicht enthalten, ihren Senf zu der Reform der Gemeindeordnung beizugeben, die angeblich in Vorbereitung ist.

- a) Hinausschiebung des Wahlalters für die Wahl in die Gemeindevertretung auf das erreichte 24. Lebensjahr;
b) Schaffung zweier Wahlkörper, indem zum bisherigen Wahlkörper nach dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlrecht noch ein zweiter geschaffen wird...

Was die Landbündler mit der ihnen eigenen Unerschämtheit hier ganz offen eingestehen, ist im übrigen ja der Traum des gesamten Bürgerturns.

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Der Mann jedoch, der diesen Brief geschrieben hatte, war es. Der Kampf mit ihm bedeutete eine Nachtprobe, die sich lohnte.

Der Direktor des Stadtrats schien es zu glauben, sonst hätte er nicht den Versuch gemacht, Peter zu bestechen.

Peter empfand nun ersten Mal seit langer Zeit ein Gefühl der Freude, der Kampflust.

Er setzte sich an den Schreibtisch, nahm ein Blatt Papier und schrieb:

„Sehr geehrter Herr Generaldirektor, da Ihre Frömmigkeit allgemein bekannt ist, nehme ich an, daß Sie ein eifriger Bibelleser sind.“

Mit vorzüglicher Schachtelung Peter Brenn, Traumlenker.

„Kein Grund zum Pessimismus“.

Preßeeinplang bei Udrzal. — Heute Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Parlament.

Prag, 13. Oktober. Ministerpräsident Udrzal empfing heute nachmittags, am Vortag der Eröffnung der neuen Parlamentssession, die politischen und Parlamentsredakteure der Tagespresse, wobei er einleitend ankündigte, daß er morgen in beiden Häusern selbst eine Erklärung der Regierung zur gegenwärtigen Situation zur Verlesung bringen werde.

Udrzal hält dafür, daß die Weltwirtschaftskrise ihrem Höhepunkt zuzuwende. Auf wirksame zwischenstaatliche Vereinbarungen wirtschaftlichen Charakters sei in absehbarer Zeit nicht viel Hoffnung; diese Entwicklung bestärke den von uns verkündeten Grundgedanken, daß jeder Staat sich in erster Linie nur auf sich selbst verlassen dürfe.

daß bei uns kein Grund zum Pessimismus vorhanden sei;

das bedeute aber nicht, daß man die gebotene Vorsicht außeracht lassen könne. Um ehrenvoll zu bestehen, müsse man alle Kräfte anspannen.

Udrzal stellt Frankreich als Muster hin, das die schwere Krise von 1930 aus eigener Kraft durch Sparmaßnahme und radikale Budgetmaßnahmen überstanden habe.

Durch die bereits giffernmäßig bekannnte Herabsetzung des morgen vorgelegenden Budgets beweise die Regierung ihren ernstesten Willen zu sparen.

Wenn es notwendig sei, werde man noch zu weiteren Sparmaßnahmen greifen müssen; es lasse sich auch noch nicht übersehen, ob man nicht auch neue Einnahmequellen für den Staat erschließen müsse, um die Staatswirtschaft zu stabilisieren.

Der Staat müsse im Sparen voranschreiten, aber auch der Einzelne wie die verschiedenen privaten Korporationen müßten sparen, denn sonst müßte der Staat auch hier in geeigneter Weise einschreiten.

Zwei wirtschaftliche Probleme

müsse man jetzt lösen: Die Erneuerung und Erhaltung der Rentabilität der Landwirtschaft und die Erhaltung der Beschäftigung und der Rentabilität der Industrie.

Zum Arbeitslosenproblem

erklärte der Ministerpräsident, es sei sicher sozial gerecht, daß der Staat den Arbeitslosen bei der Beschaffung von Arbeit helfe.

Es werde daher wie bisher das weitere Programm der Regierung sein, in erster Linie dafür zu sorgen, daß die Leute Arbeit haben.

Getreidegroßhändler demonstrieren auf der Prager Produktendörje.

Gestern Vormittag kam es auf der Prager Produktendörje zu einer Demonstration der Getreidegroßhändler, die gegen Gerüchte über eine Bevorzugung agrarischer und anderer Genossenschaften bei der Getreideeinfuhr protestierten.

Zur Disziplinierung Prof. Sandas.

Die Olmücker Bischofskonferenz hat den Professor der Prager theologischen Fakultät, Dr. Sanda, bekanntlich deswegen von seinem Amte suspendiert, weil sie ihn für die unter dem Pseudonym „Prognata“ in der „Narodni Politika“ erschienenen Artikel verantwortlich machte.

„Narodni Osobozeni“ über die Deutschen in der Regierung.

In einem Artikel, welcher sich mit dem fünfjährigen Jahrestag des Eintrittes deutscher Parteien in die Regierung beschäftigt, schreibt das Regionalorgan: „Grundsätzlich muß gesagt werden, daß die ersten Schritte zur tschechisch-deutschen Annäherung mit Erfolg getan wurden.“

Wenn es aber keine Arbeit gäbe, müßten die Arbeitslosen natürlich eine Unterstüfung erhalten. Udrzal betonte weiters die

Notwendigkeit einer Reorganisation des Staatsapparates.

Eine etwaige Restringierung des Beamtenpersonals dürfe aber nur so erfolgen, daß keine neuen Arbeitslosen geschaffen werden.

Die Wahlen hätten gezeigt, daß die Bevölkerung sich nach Ruhe sehne und Sensationen und Zerwürfsarbeiten ablehne.

Zum Schluß spricht Udrzal auch von einer Entpolitisierung des öffentlichen Lebens überhaupt; die Volksvertreter müßten Führer, nicht aber devote Diener des Volkes sein.

Schon lange sei der Staat nicht vor so ernsten Problemen gestanden wie heute. Der Streit, ob die Entwicklung nach rechts oder links gehe, sei müßig; alle Probleme müßten jetzt unter dem Gesichtspunkt des Staatswohls gelöst werden.

nichts mehr zu tun, gut zu machen, und zu verbessern ist. Wer den ersten Schritt getan hat, darf sich nicht fürchten, den zweiten und dritten zu tun, damit das nationale Problem in unserer gemeinsamen Republik in absehbarer Zeit definitiv erledigt wird.

Gegen das steuerrechtliche Verbot der Ueberwälzung der Steuer und der sozialen Beiträge.

Am 1. Jänner 1932 sollen nach 5jähriger Zwischenzeit die steuerrechtlichen Bestimmungen des § 341, betreffend das Verbot der Steuerüberwälzung und der §§ 17, 3. 6 und 78, lit e), erster Satz, womit die von den Unternehmern für ihre Angestellten über das gesetzliche Pflichtausmaß gezahlten sozialen Beiträge sowie Steuern und Abgaben bei Ermittlung der Bemessungsgrundlage als keine Abzugsposten anerkannt werden, in Wirksamkeit treten.

Er machte unter das Wort „Traumlenker“ einen dicken Strich und dann, mit fast kindlichem Lächeln, noch einen.

Er lachte, als er den Brief am Postschalter eingeschrieben aufgab, und die frohe Stimmung verließ ihn nicht, während er durch die Straßen schlenderte.

Und plötzlich empfand Peter Brenn den Wunsch, einem Menschen nahe zu sein, eine Stimme zu hören, die zu ihm sprach.

Ein Mensch fiel ihm ein, den er ein einziges Mal gesehen hatte: Judith Bernstein. Er wußte, daß sie im gleichen Hause wohnte, wie Friedrich Müller.

„Geben Sie sich, Herr Brenn.“

„Geben Sie sich, Herr Brenn.“

„Sie wundern sich bestimmt darüber, daß ich zu Ihnen gekommen bin.“

„Nein“, entgegnete Judith. „Ich wußte, daß Sie eines Tages kommen würden.“

„Weshalb?“

„Weil Sie nicht stark genug sind, um allein zu stehen, Peter Brenn.“

„Richt stark genug?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Glauben Sie, daß ich sagen werde?“

„Ist es Unrecht, armen Menschen eine Stunde Glück zu schenken?“

„Geben Sie mir Ihren Glauben.“

„Den muß jeder selbst finden. Unter Leiden und Enttäuschungen.“

„Geben Sie mir Ihren Glauben.“

„Den muß jeder selbst finden. Unter Leiden und Enttäuschungen.“

„Geben Sie mir Ihren Glauben.“

„Den muß jeder selbst finden. Unter Leiden und Enttäuschungen.“

„Geben Sie mir Ihren Glauben.“

„Den muß jeder selbst finden. Unter Leiden und Enttäuschungen.“

„Geben Sie mir Ihren Glauben.“

„Den muß jeder selbst finden. Unter Leiden und Enttäuschungen.“

„Geben Sie mir Ihren Glauben.“



# Inflation - das Programm von Harzburg.

## Wem dient die Inflation? - Wunschtraum der Industrie. - Hitler im Schlepptau der Lohnrücker.

Soweit sich aus dem konfusigen Programm der Harzburger Tagung eine einseitige und erkennbare Forderung herausheben läßt, ist es dem übereinstimmenden Urteil der verschiedenartigsten Beurteiler zufolge die neuerliche Inflation der deutschen Währung. Nicht nur, daß die Rede des Dr. Schacht, der sich nach seinem verbrecherischen Anschlag sofort nach Mussolinien begeben hat, um im schönen Süden die deutsche Not verschmerzen und unter der Sonne Italiens den deutschen Herbst vergessen zu können, nicht nur dieser Dolchstoß in den Rücken der deutschen Wirtschaft zeigt, was man in Harzburg wirklich eronnen hat, auch aus den übrigen wirtschaftsprogrammatistischen Vorschlägen geht es nur zu deutlich hervor, daß die Mark wieder inflationiert werden soll.

Was bedeutet die Inflation? Vermehrten Notenbrud in einem Umfang, daß die Disparitäten zwischen dem umlaufenden Zahlungsmitteln und Gütern den Wert des Geldes senkt und die ausländischen Währungen im Kurse steigen. Die Folge davon ist, daß der Besitzer von Schmelzen gegenüber dem Besitzer von Geld in Vorteil gerät, der Schuldner gegenüber dem Gläubiger. Eine Schuld von 100.000 Mark wird, wenn die Mark entwertet wird, war auf dem Papier immer noch 100.000 Mark betragen, aber sie wird mit einem Sachwert von ebendem, sagen wir 60.000 Mark, zu decken sein, wenn die Entwertung 40 Prozent beträgt. Wer gestern 10.000 Mark auf der Sparkasse hatte, besitzt sie nominell auch nach der Entwertung noch, aber er kann nun um 10, 20 oder 40 Prozent weniger dafür kaufen. Denn bei vermehrtem Umlauf und sinkendem Geldwert steigen die Preise der Waren sprunghaft. Die meisten von uns haben ja während der österreichischen und der deutschen Inflation die Wirkung sehr deutlich vor Augen gehabt. Am härtesten geschädigt werden bei einer Inflation natürlich die Lohn- und Gehaltsempfänger. Sie erhalten die gleichen Nominallöhne, aber das Geld, das sie am Lohntag oder am 1. des Monats auf die Hand bekommen, verliert mit jedem Sinken des Kurses an Wert. Eine Lohnsteigerung oder Gehaltserhöhung aber kann erst nach schwierigen Kämpfen und meist nicht in dem Ausmaß erzielt werden, in dem das Geld entwertet wurde. So hat das Sinken des Pfundes in England die Reallohn der englischen Arbeiter, die Gehälter der Beamten um zehn Prozent gesenkt. Sie können für ihr Geld nur noch neun Zehntel der Warenmenge einkaufen, die sie vor dem Sinken des Kurses und dem Steigen der Warenpreise erhielten. Die Industrie profitiert natürlich in demselben Maße als die Lohnarbeiter geschädigt werden. Sie verkauft die Waren zu erhöhten Preisen und zahlt die Löhne zu den alten Sätzen aus. Der Außenhandel steigt, da man billiger liefern kann, ohne dabei von dem eigenen Profit etwas abzugeben. Die Schulden werden reduziert, der Wert des eigenen Besitzes steigt. Dabei erleidet die deutsche Industrie die Inflation.

Das Programm von Harzburg ist die Inflation, das heißt, die Erhöhung der Unternehmerprofite auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleinen Sparrer.

Im Berliner Tageblatt hat kürzlich Günther Stein berichtet, daß die deutschen Schwerindustriellen die Tschoschlowaki als „das Lohnparadies“ bezeichnen. Die Löhne auf dem Niveau der tschechoslowakischen zu senken, das ist der Wunschtraum der deutschen Unternehmer. Nun steht jede Lohnabbau-Aktion auf dem Widerstand des organisierten Proletariats. Also versucht man es anders; man will durch die Inflation der deutschen Währung, durch die Entwertung der Mark, das Realeinkommen der Arbeiter senken, den Profit der Unternehmer erhöhen, die kleinen Sparvermögen dezimieren, die großen Vermögen vermehren.

In diesem Unternehmen leihen die Nationalsozialisten ihre Hand!

Hitler gibt sich dazu her, der Forderung der Schwerindustrie Nachdruck zu geben, ein wirtschaftliches Programm zu verteidigen, das binnen kurzem das deutsche Volk ein zweitesmal der Forderung einer Inflation unterwerfen und die Arbeiter zu Heloten machen will. Die große Gefahr, die der Arbeiterschaft durch die Nationalsozialisten droht, haben heute bereits auch die christlichen Arbeiter erkannt. „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften, hat dieser Tage an Adolf Hitler drei Fragen gerichtet, deren Stellung die Antwort in sich schließt. Sie lauten:

1. Herr Hitler, haben Sie Schwerindustriellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und gegen Tarifverträge sind?

2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Herz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerstückeln?

3. Halten Sie es mit den Vätern einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von Sozialreaktionären leiten lassen und mit Geld unterstützen läßt?

Wenn die Harzburger Reaktion ans Ruder kommt und ihr Programm verwirklicht, dann bedarf es kaum noch der Durchführung dieses Planes, dann ist die Kraft der deutschen Arbeiterschaft durch die Inflation gebrochen.

Aber nicht nur die soziale Seite der Inflation gilt es zu bedenken, will man den „Nationalsozialismus“ richtig einschätzen; auch die nationale Stimmung Hitlers wird erst durch die Forderung nach der Inflation ins rechte Licht gerückt. Wieder soll der schamlose Ausverkauf Deutschlands durch die Heuschreckenschwärme der Ausländer beginnen, wieder sollen deutsche Arbeiterfrauen mit wertlosen Millionen Scheinen außerstande sein, Brot zu kaufen, während man für einen Dollar eine Orgie feiern kann! Das ist das Programm der „nationalsozialistischen“ Partei! Das Resultat wäre ein bis ans Hals ausgeplündertes deutsches Volk, das in elender Armut für einige Jahrtausend Besitzende schreien und sich verbluten müßte. Die Stunde wird kommen, da die Millionen verbluteter Hitlerwähler ihren Irrtum bereuen werden. Dann wird es aber wahrscheinlich zu spät sein!

# Ist Matuschka der Attentäter?

### Er gesteht Einzelheiten.

Wien, 13. Oktober. Das Verhör Matuschka hat sich bis Mitternacht hingezogen. Im Verlauf des Verhörs nannte er einen Mann, in dessen Auftrag er gehandelt haben will. Man glaubt, daß man auch den Geisteszustand Matuschka werde beobachten müssen. Er hat dem ihn verhörenden Beamten gesagt, er sei streng gottesgläubig und habe an keinem Sonntag versäumt, die Kirche zu besuchen, — dabei zeigte er das von ihm auf der Brust getragene Medaillon des hl. Antonius, seines Schutzpatrons. „Ich weiß“, so erklärte Matuschka, „ich muß sterben, gönnen Sie mir etwas Ruhe, damit ich mich sammeln kann.“ Mit dem Attentatsversuchen bei Reulengauß und Ansbach will er nichts zu tun haben. Nach dem Niterbogener Attentat sei der Mann wieder zu ihm gekommen und habe ihn im Interesse der guten Sache zu einer zweiten Tat veranlaßt. Auch in Via Torbagg habe ihm der fremde Mann die Stelle des Attentats genau bezeichnet und sogar den Punkt der Schiene angemerkt, auf welche die Bombe gelegt werden sollte. Dann änderte Matuschka wieder seine Aussage und erklärte, daß er nur der Beschaffer des Sprengkörpers gewesen sei, während das Verbrechen selbst von einem anderen Manne ausgeführt wurde.

Matuschka wurde im Laufe des heutigen Vormittags wieder einvernommen. Er hält seine im gestrigen Teilgeständnis angegebenen Daten

aufrecht und schilderte ausführlich noch weitere Einzelheiten. Die neuerlichen Angaben Matuschka sind umfangreich und langatmig, so daß es längere Zeit dauern wird, bis sie überprüft werden können. Das Wiener Sicherheitsbüro beschäftigt sich gegenwärtig mit den auf das Eisenbahnunglück in Via Torbagg bezüglichen Daten. Die Angaben, die das Niterbogener Attentat betreffen, werden erst nach Eintreffen des Funktionärs der Berliner Polizei behandelt werden.

Matuschka hat heute im Laufe des Vormittags die Namen mehrerer Personen aus Wien, Budapest und auch aus Berlin angegeben, die an den Eisenbahnanschlägen von Niterbog und Via Torbagg beteiligt gewesen sein sollen. Die Polizeibehörden von Wien, Budapest und Berlin sind von diesen Angaben durch Funkpruch verständigt worden. Man ist jedoch der Ansicht, daß die Namen von Matuschka vermutlich fingiert worden sind, um die Spur der wirklichen Mitschuldigen zu verwischen.

Wien, 13. Oktober. Wie das „Neue Wiener Abendblatt“ meldet, gab Matuschka im Laufe des Verhörs an, daß der eigentliche Täter, der die Anschläge der Niterbog und Viatorbagg verübt habe, Bergmann heiße. Obwohl Matuschka mit dem Täter angeblich wiederholt zusammen war, will er weder seinen Vornamen noch seine Wohnungsadresse kennen oder sonst Näheres über seine Person wissen.

# Der Tanz um das goldene Kalb.

In allen Zeitungen wimmelt es von Berichten über die Bewegung des Goldes, über die Zu- und Abflüsse dieses kostbaren Metalls in die Tresors der diversen Zentral- und Notenbanken. Man hat fast den Eindruck, als sei das Gold einzig zu dem Zweck erfunden worden, einen festen Pol zu schaffen, um welchen alles Interesse kreist, und so die Menschheit vergessen zu machen, daß die Regierungen auch andere Aufgaben zu lösen hätten im Interesse eben dieser Menschheit.

Es gab Zeiten nach dem Kriege, in welchen die Länder ohne die Goldwälder ausgekommen sind. England selbst vermochte den Pfundkurs ohne Goldkäufe stabil zu erhalten. Auch bei uns war die Einföhrungsfrist in Gold nicht statuiert und unsere Währung blieb unangeht. Bis eines Tages die Goldwälder erneut auf den Thron gehoben wurde. Nun konnte auch ein neues schönes Spiel beginnen, man konnte Gold kaufen und verkaufen, konnte die Schwankungen an einzelnen Hauptzentren ausnützen und aus den Kursdifferenzen Gewinne ziehen, hatte endlich wieder einen sichtbaren Gott, in dessen Dienst man sich inbrünstig werfen durfte.

Man vergaß nur bei Einführung der Goldwährung an einige Kleinigkeiten, vergaß, daß die Deckungsvorschriften die Schaffung von Zusatzgeld im Falle der Notwendigkeit verhindern, vergaß, daß das Gold die Eigenschaften der Zugvogel besitzt, daß es sich dort ansiedelt, wo es auch sonst begehrt und warm zu sein scheint, daß es jedes unwirtliche Klima vermeidet. Man vergaß vor allem, daß die Währung trotz aller Golddeckung auf das engste mit der Wirtschaft verknüpft ist und kein Eigenleben führen kann. Dingogen schaffte man einen wirklichen Angriffspunkt, auf den sich leicht jeder Kapitalist konzentrieren konnte.

Als die Inflation in Deutschland ihre Aufgabe, den Besitz der kleinen Kapitalisten zu entwerfen, den Reallohn zu drücken, und alle Macht dem Großkapital zu bringen (Stinnes-Konzern, Krupp u. a.) erfüllt hatte, ist plötzlich der große Wurf gelungen und die Mark wurde über Nacht in Form der Rentenmark stabilisiert. Ohne jedwede reale Deckung hielt sich die Währung in fester Relation zu den sog. Goldwährungen (Dollar, Schweizerfranken). Schließlich

wurde auch in Deutschland die Goldwährung eingeführt. Die ausgegebenen Papiernoten mußten entweder durch Gold oder durch wertvolle Devisen (fremde Zahlungsmittel) bis zum festgesetzten Prozentsatz gedeckt sein. Den eigenen Zahlungsmitteln (nicht anderes sind doch die Noten) traute man nicht, oder fremde Zahlungsmitteln wogen ebensowohl wie Gold.

Bis die Wirtschaftskrise und die Septemberwahlen das Vertrauen der Kapitalisten erschütterten. Zuerst floh das inländische patriotische Kapital jener Teutonen um Hugenberg, Hitler, Brüderberg, wohl nur um die Werte über die Langfrist der Verhältnisse für das deutsche Volk zu erhalten, schließlich bemerkte das Ausland die Kapitalflucht und rückte auch ab. Der Juli 1931 kam und mit ihm die Vorkontakts, in Deutschland wurde der Laden gesperrt und die Kunden bleiben draußen. Doch ihr Latendrang war keinesfalls gestillt. England hatte ja selbst Gelder in Frankreich geborgt, um sie an Deutschland mit einigen Prozent Zinsen weiterzugeben und nun bot nach der Zahlungseinstellung im Reich England die meisten Angriffspunkte. Der Schrei erscholl: Gebt Gold für jedes Pfund! Und England zahlte Gold aus, durch Tage, Wochen, Monate. Bis auch ihm die Puste ausging und es die Einlöfungspflicht der Pfunde in Gold ausübte.

Doch das Goldspiel hatte Spielfieber erzeugt. Gabs nicht Gold gegen Pfunde, mußte es welches gegen Dollar geben. Sogar die Notenbanken verloren das Vertrauen in den Dollar und tauschten ihn gegen Gold aus. Das, was noch vor kurzem ebensowohl wie wie pure Gold, ist ein minderwertiges Produkt geworden, brante die Besitzer wie Feuer und mußte zu Gold gemacht werden. Eine halbe Milliarde Dollar in Gold soll aus Amerika im heurigen Jahre ausgeführt worden sein. Und doch gibt es in Amerika noch immer etwa 3 Milliarden Dollar in Gold gegen 2 Milliarden Noten. Jede Dollarnote kann mit 15 Dollar in Gold bedeckt werden. Woher also die Angst, warum diese Flucht aus dem 150prozentig gedeckten Gelde? Nun, plötzlich wird es evident, daß doch nicht die Goldunterlage allein für den Wert des Geldes maßgebend ist, daß auch die Wirtschaft als solche einen Einfluß auf die Bewertung ausübt. Und die amerikanische Wirtschaft ist gekennzeichnet durch mindestens 7 Millionen arbeitslose Menschen, durch Verminderung des Einkommens der noch arbeitenden Schichten, durch Bankenkrisen

und Zusammenbrüche. Der Prosperity unhappy end.

Und was nun? Es wird auch in Amerika an den Grundproblemen nicht gerührt. Eine Sanierungsmaßnahme wird ins Leben gerufen und das Geld verteuert, d. h. der Zinsfuß erhöht. Doch der Gegenspieler, diesmal Frankreich, will sich die Möglichkeit zu Goldkäufen nicht nehmen lassen und erhöht sofort gleichfalls die Diskontorate. Das Spiel geht weiter! R. R.

# Die Wollpresse und die Vertreter.

### Woll-Mäster als Jutreiber von Vertretern-Kontingenten.

Die „Vertreter und Reisenden Zeitung“ berichtete in ihrer Septembernummer über einen Artikel der Saager Woll-Presse, welche unter dem Titel „Vertreter gesucht... ein Beruf, der noch nicht überfüllt ist“ eine von unglaublicher Unkenntnis der Verhältnisse im Vertreterberuf zeugende Darstellung brachte, welche wie die „W. u. R.“ bemerkte, nur von den Interessen des Juteratenteils der Wollblätter diktiert sein konnte. Der Wollartikel lautete im Auszug:

„Einen großen, ja den größten Teil des Stellenmarktes aller Tageszeitungen nehmen jetzt Angebote und Gesuche von Vertretern ein.

„Vertreter gesucht“ heißt es da durch Spalten und lange Seiten. Industrie und Handel, jeder Wirtschaftszweig, jede Branche ist heute im Zeitalter schärfster Konkurrenz auf einen möglichst großen Stab tüchtiger Vertreter angewiesen. Die nachgerode zu einem Dauerzustand gewordene Arbeitslosigkeit in fast allen Berufen kommt dieser Notwendigkeit nicht entgegen, so daß trotz allem kein Ueberangebot an Vertretern vorliegt.

Die meisten Vertretungs-Verträge werden auf „Provisionsbasis“ abgeschlossen: für die erzielten Umsätze wird eine Vergütung von einigen Prozenten, zwei bis zwanzig Prozent, gewährt. Nur wenige Firmen zahlen dem Vertreter einen Spelenzuschuß oder ein Fixum, d. h. einen festen regelmäßigen Betrag.

Für das öfter recht hohe Einkommen eines Vertreters ist seine Arbeit vielfältig genug. Sie beginnt mit der Erlaubung des Bedarfs in Handel, Industrie, Gewerbe und Haushalt. Und nur steter Tropfen höhlt den Stein! Die Aufträge kommen nicht von selbst. Hier und da glückt es erst nach zehn oder zwanzigfachen Besuchen, nach jahrelangen Bemühungen. Gebüht ist das wichtigste Berufsgeld des Vertreters. Auch für die Auszahlung der Provision, die oft erst Monate nach der Bestellung erfolgt.

So geht der Tag der Vertreter und Untervertreter von Werk zu Werk, von Haus zu Haus, von Ort zu Ort. Intelligenz und Eignung ist ausschlaggebend für den Erfolg. Viele, die früher mühsam als Vertreter ein sorgenfreies, man kann sagen fast luxuriöses Dasein. Das sind eben die Leute, die gewissermaßen für den Vertreterberuf geboren waren, aus irgendwelchen Gemüngen oder sich diesem Beruf erst widmeten, als sie die Not dazu zwang. Unser Gewerbe, unser Handel, unsere Industrie braucht noch ein ganzes Heer tüchtiger Vertreter. Unter unseren Arbeitslosen sind sicher 20 Prozent intelligente, redigierfähige Leute, die wenn sie die Gemüngen, die sie heute vom Vertreterberuf noch fernhalten, überwinden könnten, sich gewiß eine ansehnliche und interessantere Existenz, als sie die Werkstoff oder das Büro bietet, erringen würden, sobald sie sich dem Vertreterberuf zuwenden. Leider fehlt es vielen an Mut, die ersten Entschlüsse, die ja jeder Beruf in sich birgt, zu überwinden. Aber sind die ersten Anstöße, wie sie jede Beschäftigung erfordert, erworben, dann ist der Vertreterberuf jedenfalls vielen anderen Berufen vorzuziehen.“

In ihrer letzten Nummer kommt die „Vertreter und Reisenden Zeitung“ auf den Artikel zurück und schreibt dazu u. a.:

Bekanntlich sind die Wollblätter die billigsten Inserationszeitungen in der Republik (nicht durch Verdienst des Verlages) und so ist es verständlich, daß sich die berühmtesten Inserationserfahrungen im hinteren Teile der Wollpresse zusammenfinden. Nicht nur Vertreter und Reisende werden da gesucht, sondern natürlich auch Bardämchen, Dauerfreunde und Dauerfreundinnen, vorübergehende Freunde und Freundinnen, Männer suchen männliche und Frauen weibliche Bekanntschaften, ebedenlebende Männer werden von jungen arbeitsfreudigen Frauen gesucht, Geld und zinsfreie Darlehen werden beschafft für jedermann... Und in diesem Sammellurium bürgerlicher Delozens und gewissermaßen bürgerlicher Erfindungen sollen Erfindungen, verzeihliche Menschen Protokolle finden als Vertreter und Reisende! Auf diesem Sumpfboden der bürgerlichen Ordnung aber ist aufgebaut die Rentabilität des umfangreichen Inseratenteils der Wollblätter, von der es sich für Herrn Christofasteur Wolf allerdings gut leben läßt.

Wenn Herr Wolf mit dem traurigen Artikel über die glänzende Wirtschaftslage der Vertreter und Reisenden den Juteratenteil verfolgt hat, seinem oben gekennzeichneten Inseratenteile zu dienen, so ist es unsere Pflicht, zunächst die Stellenjuchende aller Art und von unserm beruflichen Standpunkte aus besonders die Vertreter und Reisenden davor zu warnen, sich um Stellen zu bewerben, die in diesen Wollblättern ausgeschrieben sind. Sie diskreditieren sich selbst, wenn sie auf solche Annoncen in solchen Blättern und in solcher Umgebung überhaupt reagieren. Ueberdies aber darf man wohl sagen, daß die Vertretungen aus solcher Quelle den Bewerbern nur Schaden bringen können, wenn es zu einer Geschäftsverbindung zwischen diesen Sorten von Inserenten und Berufssuchenden kommt. Die Berührung von Erfindungen suchenden Vertretern und Reisenden mit den Inseratenteilen dieser Blätter kommt der Berührung mit Besch gleich — und wer Besch anstreift, beschließt sich...“

Wir können die berechtigte Kritik, welche an der Wollpresse da geübt wird, nur unterstützen.



# Tagesneuigkeiten

## Gespenk von heute.

Nicht Liebesweh, nicht Lieberschmerz  
ragt in der müden Brust.  
Ein Andres reicht uns höllentwärts  
und wird uns tagelänglich.

Es ist das Wort vom Erdenleid,  
das aus dem Hunger wächst,  
das Höllebrände flackernd schürt  
und ohne Tränen löst.

Nicht zwischen Wehren flagt das Wort,  
verhaucht im weichen Ross;  
Gespenk ist's im Maschinenaal —  
ein Schatten: Arbeitslos.

Hans Conzeifer.

## Cholera: 1000 Tote.

Im Irak kam eine schwere Choleraepidemie zum Ausbruch. Besonders heftig wütet die Seuche in Basra. Bisher wurden über 1000 Todesopfer gezählt.

## Neue Klosterfirme in Spanien.

Santander, 13. Oktober. Gestern abends wurde eine marianische Prozession von einer Gruppe Exzedenten überfallen, die jedoch zurückgeschlagen werden konnten. Bald darauf begannen die Exzedenten die Türe des Karmeliterklosters mit Benzin und streuten das Kloster in Brand. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, unter ausgiebiger Hilfe der Bevölkerung den Brand zu löschen. In einer Nachbargemeinde versuchten Diebstahlwüchse ebenfalls ein Kloster in Brand zu stecken, doch konnten die Feuerwehrleute und Gendarmen das Feuer im Keim ersticken. Das Kloster wird jetzt von Gendarmen bewacht.

## Bier Todesopfer des Flugmilitarismus.

Paris, 13. Oktober. In Südfrankreich liegen unweit von Toulon in der Nähe des Militärflugplatzes Cuers-Pierrefeu zwei Militärwasserflugzeuge in der Luft zusammen. Vier Personen — die beiden Piloten und zwei Beobachter — wurden getötet, ein dritter Beobachter schwer verletzt. Das sechste Mitglied der Besatzung konnte sich mit Hilfe eines Fallschirms retten.

## Groß-New York: fast 11 Millionen Einwohner.

Paris, 13. Oktober. „New York Herald“ meldet, die Bevölkerungsziffer des sogenannten Groß-New York betrage 10.901.000 Einwohner. Groß-New York hat einen Flächeninhalt von 2541 Quadratmeilen.

## Ziehung der Klassenlotterie

50.000 K: 59.915.  
20.000 K: 75.448.  
10.000 K: 20.905, 21.565, 51.885, 65.260, 90.351.  
5000 K: 3079, 6735, 9502, 12.064, 29.469, 35.195, 40.273, 42.696, 45.909, 46.994, 57.276, 58.047, 72.381, 79.745, 80.983, 92.598, 92.853, 93.614.

2000 K: 3488, 5987, 6.287, 6420, 6708, 6847, 10.161, 10.853, 11.655, 13.409, 16.062, 21.383, 22.754, 26.204, 29.574, 31.197, 32.138, 35.835, 42.643, 42.717, 43.518, 44.520, 46.837, 47.812, 48.636, 49.410, 49.925, 58.458, 62.547, 63.059, 66.462, 67.291, 70.277, 72.863, 73.042, 73.124, 80.135, 81.172, 81.820, 85.827, 89.834, 90.715, 90.845, 91.906, 94.692, 97.100, 97.343.

1200 K: 230, 579, 608, 810, 1316, 2011, 3588, 4313, 4839, 4913, 5629, 5728, 5574, 10.860, 10.899, 10.967, 11.609, 12.396, 12.593, 13.430, 13.574, 14.270, 16.170, 16.803, 17.616, 17.882, 17.933, 18.106, 18.282, 21.331, 21.405, 23.138, 23.161, 23.159, 25.556, 25.718, 29.651, 30.971, 30.987, 31.624, 31.988, 32.323, 32.549, 33.006, 33.230, 33.410, 34.367, 34.814, 35.007, 37.023, 37.183, 37.752, 39.626, 40.732, 41.290, 41.358, 41.363, 41.842, 42.296, 44.827, 45.828, 46.050, 47.042, 48.543, 49.644, 49.755, 49.054, 53.221, 53.359, 54.105, 55.144, 55.400, 55.758, 56.603, 58.200, 58.249, 58.293, 60.328, 62.188, 65.685, 64.292, 64.294, 64.561, 66.131, 68.539, 68.751, 69.117, 69.718, 70.292, 70.689, 70.806, 71.483, 71.993, 72.290, 72.688, 73.128, 73.370, 74.639, 74.635, 74.878, 75.845, 76.505, 76.734, 77.521, 79.290, 80.698, 80.946, 81.754, 82.015, 82.016, 83.022, 84.562, 84.777, 86.000, 86.989, 86.979, 88.304, 88.621, 88.757, 89.585, 89.429, 89.497, 95.165, 95.874, 97.852, 98.335, 98.892, 99.602, 99.680.

## Bombenexplosion in Saragossa.

Saragossa, 13. Oktober. Gegen 23 Uhr in der Nacht auf heute, als das große hiesige Kaffeehaus mit Gästen dicht gefüllt war, warfen drei Männer eine Explosivpetarde in dasselbe. Zahlreiche Personen wurden verletzt. Vier Personen wurden verhaftet; es ist jedoch nicht sicher, ob es die Täter waren.

## 200 Japaner ertrunken.

Tokio, 13. Oktober. (Neuer.) Wie das in Naha erscheinende Blatt „Mainichi“ berichtet, sind im Distrikt Miya 200 Personen ertrunken. Infolge des hohen Wasserstandes brach der Flugdamm und das sich ergießende Wasser überflutete mehrere Dörfer und vernichtete dort alles.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich gestern bei Nikolsburg. Ing. Siebenstein aus Brünn wollte mit seinem Automobil das Automobil des Fabrikanten Schramm überholen, das der Chemiker hier Fabrik leitete. Dabei fuhr Ing. Siebenstein mit solcher Wucht

# Der Riesenprozess Sklaref.

## 13 Angeklagte. — 600 Zeugen.

Berlin, 13. Oktober. Heute vormittag begannen im Alten Kriminalgericht die Prozessverhandlungen gegen die drei Brüder Sklaref, die des Betruges angeklagt sind, begangen durch 18 gefälschte Unterschriften. Die Schadenssumme wird mit rund 10 Millionen Mark angegeben. Die Vorkermittlungen für den Prozess haben etwa zwei Jahre in Anspruch genommen.

Den Vorsitz führt Amtsgerichtsrat Kehler. Die Klage vertritt Staatsanwalt v. Steinäder, Schöffe und Hülfsschöffe sind zwei Arbeiter, ein Schneider und ein Schlosser. Der Angeklagte Max Sklaref war nicht anwesend. Sein Anwalt legte ein ärztliches Zeugnis vor, daß Max Sklaref an Nierenkrämpfe und Herz-muskelschwäche leide und infolgedessen nicht verhandlungsfähig sei. Die übrigen Angeklagten waren zur Stelle. Es sind dies: Leo und Willi Sklaref, die Buchhalter Lehmann und Tuch, die Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann, Bürgermeister Kohl, Salkowski, Schneider und Lubing und die früheren Stadträte Gaebel und Degner. Als Sachverständiger nimmt Obermagistratsrat Drogmann und für den als Nebenkläger zugelassenen Verein gegen das Bestechungsunwesen Dr. Kehler an der Verhandlung teil.

Die Anklageschrift umfaßt fünf Bände mit 2263 Seiten. Außerdem gibt es eine ganze Reihe von Nebenklagen und Gutachten der Sachverständigen oder Buchrevisoren und nahezu 600 Zeugen. Entsprechend dem Aufbau der Anklage wird zunächst die Herkunft der Gebrüder Sklaref behandelt werden (sie sind Söhne eines im Jahre 1877 nach Berlin eingewanderten russischen Schneiders), ihre Betätigung vor, während und nach dem Kriege, ihr Aufstieg in der Inflationszeit, die Gründung ihres Rennstalles, die Organisation ihrer Firmen. Als erstes wichtiges Kapitel der gegen sie erhobenen Anschuldigungen wird der Komplex Kleidervertriebsgesellschaft vorgenommen werden. Dann wird sich die Verhandlung den einzelnen Beziehungen zwischen den Sklarefs und Beam-

ten der Stadt Berlin zuwenden; die Geschäfte mit dem Bürgermeister Kohl (Köpenick) werden bei diesem Abschnitt den Anfang bilden. Als-dann kommt der Fall der Berliner Anschaffungs-gesellschaft zur Sprache, aus dem die Kreditgeschäfte mit der Stadtbank in allen ihren Begleiterscheinungen sich entwickelten.

Max Sklaref, dem ein herrischer und selbstbewußter Charakter nachgesagt wird, verhandelte meistens mit dem Magistrat. Leo Sklaref, der lustige Gesellschaften liebte, wurde vielfach dazu angerufen, mit maßgebenden Persönlichkeiten auszugehen, die in Zurschlokalen für Geschäfte und Transaktionen gefügig gemacht werden sollten. Willi Sklaref endlich, der am besten von den dreien die Buchführung beherrschte, hatte die Führung falscher Bücher und die Herstellung entsprechender Belege für Kontrollen unter sich.

Zu Beginn der heutigen Verhandlung im Sklaref-Prozess stellte der Verteidiger Dr. Julius Reher den Antrag, die Verhandlung gegen Max Sklaref wegen dessen besorgnis-erregenden Gesundheitszustandes abzutreten.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung erklärten die — mit Ausnahme der Brüder Sklaref — vom Vorsitzenden befragten Angeklagten, daß sie unschuldig seien. Leo Sklaref, der sich zur Anklage äußern sollte, sagte: „Ich habe die Anklageschrift nicht gelesen. Ich habe bloß die ersten Seiten angesehen, und weil da alles verkehrt war, sie meinem Anwalt gegeben.“ Er erklärte, daß er sich im Kriege sofort freiwillig gemeldet habe. Der Vorsitzende erklärte jedoch, daß dies erst ein halbes Jahr später erfolgte, nachdem er Heereslieferungen erhalten hatte.

Freiherr von Mahrenholz, der medizinische Sachverständige, der Max Sklaref untersucht hatte, erklärte ihn für längere Zeit für verhandlungsunfähig. Der Vorsitzende verkündete nach der Beratung folgenden Beschluß: Das Verfahren gegen den Angeklagten Max Sklaref wird abgeerbet und die Verhandlung gegen ihn vertagt, da Max Sklaref nach ärztlichem Gutachten verhandlungsunfähig ist.

Unvorsichtigkeit des Kaufmannes habe sie zu dem Morde veranlaßt.

Hans Hörbiger gestorben. In Mauer bei Wien verstarb im 71. Lebensjahre der Naturphilosoph Hans Hörbiger, dessen Weltanschauung in den letzten Jahren in wissenschaftlichen Kreisen zahlreiche Anhänger fand. Die von Hörbiger erdachte Weltanschauung enthält grundlegende neue Ideen über die Urgeschichte des Erdballs. Von der Wechselwirkung von Glas und Eis ausgehend, wird die Entwicklung der Weltkörper im Rhythmus ihres kosmischen Lebens erklärt. Auch als Ingenieur hat Hörbiger, der aus einem altägyptischen Bauerngeschlecht stammt, in früheren Jahren bedeutendes geleistet; u. a. konstruierte er die sog. Hörbiger-Maschinenventile.

Tödlicher Unfall durch scheuende Pferde. Auf tragische Weise verunglückt ist, wie uns aus Szeged berichtet wird, der 47jährige Kaiser Josef Ladislaus des Reichshofes Hofjäger. Auf der Heimfahrt vom Felde scheuten plötzlich die Pferde und rissen Ladislaus, der sie aufhalten versuchte, mit sich, wobei der Kaiser mit großer Gewalt gegen einen am Straßenrand stehenden Baum geschleudert und von einem vorspringenden gebrochenen Ast am Kopfe geradezu aufgespießt wurde. Das Köpfchen drang dem Unglücklichen hinter dem Ohr in das Gehirn und führte seinen sofortigen Tod herbei. Der Verunglückte war verheiratet.

Mord um 15 Pfennig. In der Nähe von Willmors (Franken) tötete ein Waldarbeiter einen Arbeiter durch mehrere Messerstiche in die Schläfe. Der Mörder hatte bei seinem Opfer den Besitz einer größeren Geldsumme vermutet. Der Ermordete, der 7 kleine Kinder hinterläßt, besaß aber nur ganze 15 Pfennig. Der Täter wurde verhaftet; er legte ein Geständnis ab.

Flugzeugabsturz: 3 Tote. Ueber dem Flughafen New York verunglückte der frühere österreichische Kampfflieger und jetzige amerikanische Verkehrsflieger Pelzeder durch Absturz tödlich. Außerdem kamen zwei 12jährige Knaben ums Leben, die in der Maschine Pelzedebers mitflogen.

Südpolexpedition per Luftschiff. Der amerikanische Polarforscher Admiral Byrd, der erste Ueberflieger des Nordpols, hat die Absicht, zusammen mit dem amerikanischen Flugkapitan Rinnley zu einer Südpolexpedition auszusafahren. Byrd und Rinnley werden die Reise vermutlich an Bord der im Jahre 1911 für den Fürsten von Monaco erbauten Luftschiff „Dirondelle“ antreten, die nach Reinhold Byrd's für die Expedition besonders geeignet ist. Auf dem Übersee ist genügend Platz für die Ställe der Polarhunde und für die Unterbringung eines dreimotorigen Expeditionsflugzeuges.

Steinwürfe gegen die österreichische Gesandtschaft in Berlin. Unbekannte Täter haben gestern nacht zwei in rote Lächer eingewickelte Steine gegen das Eingangstür der österreichischen Gesandtschaft in Berlin geworfen. Der eine Stein traf sein Ziel nicht, während durch den anderen die Linse Scheibe des Fensters zertrümmert wurde. Die Lächer, in die die Steine eingewickelt waren, trugen kommunistische Aufschriften.

Zegler über den Ozean. Der junge deutsche Schiffsoffizier Fritz Engler verließ den portugie-

## Vom Rundfunk

Donnerstag.

Brag: 11.00: Schallplatten, 17.35: Kinder musizieren, 18.25: Deutsche Sendung: Dr. Doerell: Ziele und Wege der Beratung in der Landwirtschaft, 19.05: Aus den Zeiten der Revolution. Schauspiel von Bodsch, 20.30: Dante-Sinfonie. — Brünn: 12.30: Orchesterkonzert, 14.00: Schallplatten, 18.25: Deutsche Sendung: Frisch: Macht und Recht. — Preßburg: 15.00: Orchesterkonzert, 17.00: Schallplatten. — München: 19.30: Sinfoniekonzert. — Wien: 15.35: Virtuose und konzertante Musik, 20.30: Europäisches Konzert. — Moskau: 19.30: Konzert.

fischen Hafen Sports in einem kleinen Segelboot; Engler hat die Absicht, mit seinem Schiff den Ozean zu überqueren; er hofft, in 70 Tagen die amerikanische Küste erreicht zu haben.

Der Lebensroman eines blinden Kindes beschäftigt die letzte, am Montag, den 5. Oktober 1931 — wie jede Woche — stattgefundenen Ausnahmemaßnahme der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen. Erschütternde Bilder kindlicher Tragik wurden bei der Schilderung des Lebens dieses kleinen, erst 7 Jahre alten Mädchens offenbar. Das arme Kind ist nicht allein seines Augenlichtes beraubt, sondern auch einer ordentlichen mütterlichen Erziehung, da die Kindesmutter Dienstmädchen in einem anderen Orte des Böhmerwaldes ist und sich nur hier und da seiner erinnert. Die Bemühungen der Deutschen Landeskommission, dem Kinde in einer Blindenanstalt ein Unterkommen zu schaffen, dauern seit Anfang September 1928. Heute, wo so ziemlich alles geregelt wäre, verzögert der Vormund — es handelt sich um ein uneheliches Kind — die Abgabe der Blinden in eine Anstalt; warum? Das ist derzeit unerforschlich. Mit Gewalt kann man dem gesetzlichen Vertreter des Kindes (fürwahr ein sonderbarer gesetzlicher Schutz!) dieses nicht entziehen... was bleibt anders übrig? Die Deutsche Landeskommission wird machen, mittels Unterfuchung ihres in Betracht kommenden Zweigvereines und anderer entsprechender Stellen, dem armen blinden Kinde einen anderen, seine Rechte besser wahren den Vormund zu verschaffen. — Die letzte Sitzung schuf ferner vier Kindern Unterbringungs-möglichkeiten in Anstalten oder in familiärer Pflege, ein Knabe wurde in ein Erziehungsheim aufgenommen, in einem Falle wurde der Versuch gemacht, in eheliche Zwistigkeiten, unter denen Kinder schwer zu leiden haben, einen Ausweg zu suchen, anderen Kindern, denen der geschlechtlich verpflichtete Vater das ihnen zukommende Schmale, zu ihrem Rechte verholten.

Vorsieg Sharlens über Carneta. Aus New York wird gemeldet: Auf dem Ebbesfeld am Dienstag vor 40.000 Zuschauern der schon zweimal verlorene Vorkampf zwischen dem italienischen Ueberschwergewichtler Carneta und dem Amerikaner Sharley zum Austrag. Der Kampf ging über die angefahren 15 Runden und endete mit dem überlegenen Punktsieg Sharlens, der den Italiener in der vierten Runde für kurze Zeit zu Boden geschlagen hatte.

Die Internationale der Polizei. In Paris fand dieser Tage eine Sitzung der im Jahre 1923 gegründeten Internationalen kriminalpolizeilichen Kommission statt. Vertreten waren 25 Staaten. U. a. beschäftigte man sich mit dem Ausbau der Maßnahmen zur Raubgütdämpfung, ferner mit den Problemen des Mädchenhandels, des internationalen Waffenhandels, und der Raubgütdämpfung. Gelegenheitlich der Diskussion über die Auslieferung von Verbrechern von Land zu Land wurde bemängelt, daß das jetzt angewandte Auslieferungsverfahren zu unständig sei; Polizeipräsident Dr. Weis-Berlin führte als Beispiel hierfür die Verzögerung der Auslieferung der Geschwister Reins an. Ferner wurde beschlossen, die in Wien stationierte Internationale kriminalpolizeiliche Zentralstelle, die gegenwärtig auf Grund freier Vereinbarungen aufrecht erhalten wird, auf eine festere Grundlage zu stellen; es soll in diesem Sinne ein völkerrrechtlicher Vertrag angestrebt werden.

Raubüberfall auf ein schlafendes Ehepaar. In der Nacht auf Dienstag wurde im Geschäftslokal des Ehepaars Sinkel in Rodositz in Südböhmen ein verwegener Einbruch verübt. Nach Ausraubung des Geschäftes drang der Eindringler in das Schlafzimmer und versuchte dort, sich verschiedene Schmuckstücke anzueignen. Das Ehepaar wurde durch das Geräusch aus dem Schlafe geweckt, worauf der Eindringler einige Schüsse abgab, durch welche die Frau an der Brust und an einer Hand schwer verletzt wurde. Darauf flüchtete der Eindringler. Die Nachforschungen wurden eingeleitet.

Beleuchtungsversuche an Pflanzen. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium hat sich das Verdienst erworben, in seinen Laboratorien wichtige Beleuchtungsversuche an Pflanzen anzustellen. Dabei ergab sich, daß natürliches Tageslicht ohne jeden Nachteil durch künstliche Beleuchtung ersetzt werden kann. Besonders lehrreich waren die mit Bellchen angestellten Versuche. Begleite man zum Beispiel die Bellchenstauden einer täglich zehnstündigen Beleuchtung aus, so blühten sie üppig, verlängerte man aber die Beleuchtungsdauer auf 16 Stunden, so blühten sich nur Blätter, entsprechend dem Verhalten des Bellchens im Sommer mit seinen langen Tagen. Umgekehrt war es bei der amerikanischen Coreopsis, die in der Natur in der Zeit der längsten Tage blüht. Eine Beleuchtungsdauer von 16 Stunden täglich brachte sie zu prächtiger Blüte, während eine Verminderung auf zehn Beleuchtungstunden nur eben genügte, die Lichtrosette am Erdboden zu entwickeln.



**Einfache Lösung.** Die sexuelle Frage ist in Sowjetrußland ein viel erörtertes Problem. Wieder einmal sah in Moskau ein privater Zirkel zusammen und diskutierte leidenschaftlich über die Form von Ehe und Familie und über die Schwierigkeiten, die der befriedigenden Lösung des Sexualproblems entgegenstehen. Da befehligte Madel mit einem Schläge alle Schwierigkeiten, indem er erklärte: „Die Sache ist doch ganz einfach. In grauer Vorzeit herrschte das Patriarchat; später kam das Patriarchat, und heute erledigt das alles das Sekretariat!“

**Peinliches Mißverständnis.** Der britische Rater Banzer malte einst eine Pfälzerin. „Sie können sich ruhig ein bißchen austrinken“, sagte er, als sein Modell Zeichen von Müdigkeit zeigte. „Ach, malte ein bißchen den Hintergrund.“ — „Nun, ich mich zu umdrehen?“ fragte die Pfälzerin erschrocken.

**Romantik und Wirklichkeit.**

Vor Trafiken kann man jetzt eine Zeitschrift sehen, die als Titelbild einen Reiter zeigt, in Legionär-Uniform, hoch zu Ross, die Lanze im Stiefelschaft, auf einem Hügel postiert, im Lichte der Abenddämmerung. Es ist eine Gegenlichtaufnahme aus einem künstlichen Hochstimm und man muß sagen, daß sie bildhaft sehr romantisch wirkt. Der Reiter auf dem Ross ist von Gefahren umwittert, seine Gestalt hebt sich geradezu ab vom Hintergrund bestandener Abenteuer, ist unantwärt von neuen kriegerischen Taten — armet in der Pose des Wächters geradezu patriotisches Leben bis zum äußersten. Bis zu jener äußersten Grenze der Gefahr und des Werdens, die wir alle kennen und die gleichzeitig auch die Scheidewand darstellt zwischen Romantik und Wirklichkeit.

Die Romantik — die ist das Lockmittel; heute nach dem großen Wenden der Jahre 1914—1918 steht sie wieder hoch im Kurs, bei Lehren und vaterländischen Dichtern und bei einer irreführenden Jugend. Sie ist austoffiert mit allem Zauber der Natur und der heldischen Pose, diese romantische Darstellung menschlichen Glanzes und geistiger Erniedrigung. Denn Krieg, das ist nicht Mord allein — das ist auch Sünde am Geist. Diese Sünde begeht man heute nach Jahren des Leids im Jahre des Glanzes auf neue — mit denselben Mitteln wie früher; man nebelt die Hirne der jungen Generation ein mit dem Schimmer von Idealen, die längst keine Ideale mehr sind. Und die diese Jugend heute führen — sie sind die furchtbaren Gestalten von morgen. Von dem Tag ab, da die Saat dieser „Romantik“ und dieser „Ideen“ aufzugehen sein wird — da die Sonne wieder wie einst über Ruinen und gasvergiftete Leiden scheinen wird; da Städte in Trümmern liegen werden, und die Luft erbeben wird vom Schrei der Schmerz erfüllten Wirklichkeit.

Diese Wirklichkeit ist so ganz anders als sie sich in den Köpfen patriotischer Schauspieler, Dichter und Filmoperateure malt. Sie fordert den Muth heraus gegen alle diejenigen, die aus der nüchternen Tatsache des grauenhaften Todes und des ruhmlosen technischen Werdens — romantischen Fiktion und kaltes fühlloses Geld machen. Geld — das ist die Romantik — aber Geld ist auch die „Wirklichkeit“. Darum kann man nicht oft genug davor warnen, sich nicht auf den schlüpfrigen Pfad der „Romantik“ zu begeben, in Fragen, welche im Augenblick, da sie zur Tat werden, sich in ihrer ganzen nüchternen Furchtbarkeit zeigen. Vom Schrei der jungen Soldaten an der Piave „Mutter — Mutter“ — bis zum Röcheln des qualvollen Todes — kündigt keine Romantik.

Darum erinnert Euch, alle, die ihr die Tage von 1914—1918 erlebt habt: Eurer „romantischen“ Stunden im Trommelfeuer und auf vorgeschobenem Posten und sagt laut und vernehmlich der Jugend Eure erlebte Wahrheit, um sie, die Träger der künftigen Geschichte, vor Ausschweifern der Wirklichkeit zu bewahren!

Der Igel.

**Sie wünschen sich weiße Zähne —**

wünschen Sie sich vor allem gesunde Zähne!

Um die Zähne gesund zu erhalten, müssen schädliche Mundbakterien in ihrer Entwicklung gehemmt werden. Das Mundwasser ODOL enthält ein Antiseptikum, das sich hauchdünn über Zähne und Mundschleimhaut legt und diese Entwicklungshemmung der Bakterien bewirkt. Machen Sie also nach dem Zähneputzen noch eine kräftige Mundspülung mit ODOL. Der Geschmack von ODOL ist köstlich erfrischend!

**Der Kampf der Arbeiter der Auffiger chemischen Fabrik gegen das Bedauzsystem.**

Der Fabrikarbeiterverband bemühte sich schon seit langem, die vertragswidrigen Zustände in der großen chemischen Fabrik zu beseitigen. Durch die Einführung des Bedauzsystems wurde den betroffenen Arbeitern der Lohn bis zu 40 Prozent gekürzt, was besonders Erbitterung unter ihnen auslöste. Die Arbeiter der Maschinenwerkstätten, die als nächstes Objekt der Bedauzingenieurere ausersehen waren, hatten den ersten Willen, die Aufzwingung dieses allgemein verhaßten Systems nicht anzuerkennen. Die Direktion des Werkes ließ sich aber nicht abhalten, ihren Willen durchzusetzen. Es fiel dem Unternehmen nicht ein, über so tief einschneidende Maßnahmen mit der Vertragsorganisation zu sprechen, wie es jedes ernste Industrieunternehmen getan hätte. Am Freitag, den 9. Oktober, kamen die Bedauzingenieure in die Metallwerkstätten, um ihr trauriges Werk zu beginnen. Dies war in Anbetracht der bereits für Montag, den 12. Oktober festgelegten Verhandlung mit den Vertragsorganisationen eine ganz unnötige Provokation.

Es schien einigen Arbeitern daher geboten, die Bedauzingenieure zu bewegen, die Werkstätten zu verlassen. Sie führten dieses Vorhaben dadurch aus, indem sie die Herren herausführten. Daraufhin wurde die gesamte Belegschaft der Werkstätten, fast 400 Mann, ausgesperrt und zu diesem Zweck gefoltert.

Während dieser Zeit war der Fabrikarbeiterverband stetig bemüht, die Differenzen zu schlichten und war der Vertreter der Fabrik nunmehr bereit, die Verhandlung bereits Samstag vormittags zu führen. An diesem Termin traten die Vertreter der Vertragsorganisationen, die Genossen J o h n, A b g. K a u f m a n n, P o h l und K r e h a n und der gesamte Betriebsausschuß im Bürohause des Werkes mit den Vertretern der Firma zusammen. Ueber Wunsch des Fabrikarbeiterverbandes nahm auch der Gewerbeoberinspektor Herr Dr. Walter teil.

In eifrigem ununterbrochenem aufregenden Verhandlungen mußten die Verhandlungsvertreter das Recht der Arbeiter verteidigen. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß die freigeberischen Mitglieder des Betriebsausschusses ihre Meinung zum Ausdruck brachten.

Es waren besonders die Vertreter der schon bedauzierten Betriebe, welche die furchtbaren Wirkungen des Systems in unüberlegbarer Weise zum Ausdruck brachten.

Doch alles nützte nichts. Die Herren der Gegenseite hatten doch die Aufgabe zu erfüllen, die Arbeiter ein für allemal ins Unrecht zu setzen und gegen die Durchführung des Bedauzsystems alle Widerstände zu brechen. Wenn sie auch wiederholt erklärten, daß sie auch ein Interesse daran hätten, eine Einigung zu finden und wenn auch wir keine Ursache haben, daran zu zweifeln, so ist doch der Meinungsstern zur Beurteilung dieser Frage maßgebend. Sie wollten sicher eine Einigung, aber nur auf der Basis, daß die Arbeiter Unrecht haben, daß das System anerkannt wird und daß die Arbeiter gefoltert bleiben

den und nur nach Maßgabe des Bedarfes wieder eingestellt werden. Dies zeigt nicht den rechtlich geschaffenen Unterhändler, der auch seines dazu beiträgt, daß eine Lösung gefunden wird. Das Vertrauen zur guten Meinung der Gegenseite mußte aber ganz schwinden, als mit weiteren Forderungen auf Lohnklassenverschiebungen nach unten, welche auch eine Herabminderung der Professionszulage zur Folge hätten und mit Einstellung der Akkordprämie für gewisse Arbeiten aufgewartet wurde. Dadurch wurde die Verhandlung direkt gefährdet und drohte jedes Moment auseinanderzugehen. Es soll offen gesagt werden,

hätte nicht die Sorge und Verantwortung um die Existenz von 400 Arbeitern und deren Familien auf dem Spiele gestanden, so hätten die Gewerkschaftsvertreter dieser unglücklichen Probe aus Nerven und gewerkschaftliches Ehrgefühl nicht länger standgehalten. Die Schwierigkeiten wuchsen, je länger die Auseinandersetzungen dauerten. Wenn dennoch ein Abschluß zustande kam, so war es hauptsächlich dem Verantwortungsgefühl der Gewerkschaftsvertreter und dem Eingreifen des Herrn Obergewerbeinspektors W a l t e r von Teplitz zu danken. Das Resultat bestimmt im wesentlichen folgendes:

Alle Gefolterten und Entlassenen treten am Montag, den 12. Oktober, mit allen erworbenen Rechten wieder die Arbeit an.

Ueber die Frage, ob das Bedauzsystem nach dem Kollektivvertrag zulässig ist, entscheidet das Einigungsamt der chemischen Industrie.

Als zur Entscheidung des Einigungsamtes ist das Werk berechtigt, Vorarbeiten für das Bedauzsystem, das heißt Anmessungen der Leitungen, und dort, wo diese Vorarbeiten beendet sind, das System selbst durchzuführen.

Da infolge der Währungskrise der Export rapid eingestürzt ist, sind Fernumstellungen der Stände unvermeidlich. Daher wird die erste Woche in den Werkstätten wie bisher gearbeitet und während dieser Woche mit dem Betriebsausschuß darüber verhandelt, ob mit abwechselnden Ausstellungen gearbeitet wird oder ob ein Teil der Arbeiter ausgeschieden werden soll.

Die von der Firma verlangte Lohnklassenverschiebung und eventuelle Prämienkürzung ist in vertragsmäßiger Weise mit dem Betriebsausschuß zu behandeln.

Unter diesen Bedingungen konnte der erste Konflikt nach eifrigem anstrengenden Auseinandersetzungen wenigstens vorläufig geschlichtet werden.

Die Arbeiter, welche den großen Volksausfall in Auffig füllten, warteten bereits stundenlang in großer Spannung auf das Resultat, welches vom Gen. J o h n und K a u f m a n n der Arbeiterschaft zur Kenntnis gebracht wurde. Die Empörung der Arbeiter über das Verhalten der Unternehmenseite kam während der Referate wiederholt stürmisch zum Ausdruck. Die Versammelten nahmen den Bericht, sowie die Anforderung, daß nach dem erzielten Ergebnis am Montag die Arbeit anzutreten ist, zur Kenntnis und erwarten, daß die übrigen noch nicht definitiv

erledigten Differenzfälle und Beschwerden der Arbeiterschaft im vertragsmäßigen Sinne in kürzester Zeit erledigt werden. Es liegt nunmehr an der Arbeiterschaft, durch geschlossenen Anschluß an die Vertragsorganisation die schwierige Aufgabe derselben zu unterstützen.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik**

**Prager Produktendörse.** (Offizieller Bericht vom 13. Oktober.) Das Geschäft an der heutigen Produktendörse ging aus seinen gewöhnlichen Dienstprogrammen mit Rücksicht auf die Demonstrationen, welche die Mitglieder der Börseversammlung, inwieweit sie dem Handelsstande angehören, bereiteten, heraus. In den Vorkunden versammelten sich dieselben auf der Haupttribüne vor dem Börsepaale und demonstrieren gegen die neue erlassene Verordnung über die Einfuhr von Auslandweizen. Die Beteiligung im Hauptpaale war naturgemäß weitaus geringer und auch das Geschäft konnte nicht in Gang kommen. Was den Getreidemarkt und Roggen anbelangt, lag Weizen entschieden fester und wurden bis um 4 Kd höhere Preise bewilligt. Roggen wies dagegen eine flauere Grundtendenz auf und verbilligte sich bei genügender Angebot um ungefähr 2 Kd. Die amtlichen Notierungen brachten jedoch, wahrscheinlich mit Rücksicht auf die heutigen Ereignisse an der Börse, gegenüber den Freitagsspreisen keine Veränderung. Hofer vermochte sich zu behaupten und auch in Serbe kam es zu keinen Preisveränderungen. Auch hier brachten die amtlichen Notierungen keine Veränderung. Trotzdem die amtlichen Weizenpreise unverändert gelassen wurden, erfuhren die Weizenmehlspreise Steigerungen durchschnittlich um 3 Kd. Roggenmehl blieb unverändert. Was die übrigen Mehlarten anbelangt, wo gleichfalls Ruhe vorherrschte. Kom es hauptsächlich zu einer leichten und teilweisen Abwärtung in Kartoffeln und Eiern. Demgegenüber befestigte sich amerikanisches Fett um 10 Kd. Die Börse war heute sehr gut besucht, doch war die Aufmerksamkeit den bereits erwähnten Ereignissen zugewendet. — Es notierten in Kd: Rohweizen böhm. 81—83 Rg. 145—150, Rohweizen böhm. 79—80 Rg. 140—144, Weizen gelb böhm. 76—79 Rg. 134—139, Weizen Manitoba I 35—36, Roggen böhm. 60—70 Rg. 140—149, Auswahlgerste 133—135, Gerste Io 124—130, Gerste mittlere 121—124, Hinterindustrialgerste 100—105, Hofer böhm. 117—119, Hofer böhm. Kleberhaft 108—112, Demomais 61—62, Futtermais La Plata 55—56, Erbsen Viktoria 180—210, Erbsen gelb 150—165, Erbsen grün großfrü. 190 bis 210, Erbsen grün, Kleinfrü. 165—175, Erbsen großfrü. mäh. 575—625, Bohnen mittlere 250—300, Bohnen Kleinfrü. 200—230, Bohnen 100—200, Bohn blau 410—450, Mohu, Silbergrün 400—500, Mohu Silbergrün (Dauhoer) 525—575, Kammeln böhm. 410—425, Kammeln holländ. 410—420, Weizkle 900—1700, Schwedekle 600—800, Rosenkle 325 bis 400, Kartoffeln gelbfrü. 27—29, Kartoffeln weißfrü. 20—22, Krautköpfe weiße böhm. 20 bis 24, Hen böhm. ungepreßt, jauer 55—57, Hen böhm. ungepreßt, süß 62—64, Hen böhm. gepreßt, jauer 57—59, Hen böhm. gepreßt, süß 64—66, Roggenstroh in Bündeln, ungepreßt 44—46, Gersten- und Osefuterstroh, gepreßt 43—45, Gersten- und Osefuterstroh, ungepreßt 42—44, andere Strohorten, gepreßt 38—40, andere Strohorten ungepreßt, 37 bis 39, Weizengries 258—263, Weizenmehl 000, 240 bis 245, Weizenmehl 0 220—225, Weizenmehl Nr. 1 190—195, Weizenmehl Nr. 4 155—160, Weizenmehl Nr. 8 104—105, Roggenmehl Nr. 0/1 222—226, Roggenmehl 65 Prozent 212—216, Roggenmehl Nr. 2 125—130, Roggenmehl Nr. 4 104—105, Gersten Nr. 10—6 135—240, Brudgruppen 195—200, Hirse 200—205, Reis Burma II 170—180, Reis Moulmain 245—250, Weizenreis 150—160, Kanadisches Reis 135—140, Weizenkleie 72—74, Roggenkleie 74—76, amerikanisches Fett 980—990, frische Eier böhm. und mähr.

**Die Katastrophe von Lübeck.**

Von Rhedo.

Da eben der Prozeß gegen die Lübeder Kette begonnen hat, wird der folgende Beitrag eines Arztes sicher starkem Interesse begegnen.

Die Akten über das unheimliche Sterben der Kinder von Lübeck schämen, um sich des Gerichtsorgans zu bedienen, endlich geschlossen zu sein und die Phalanx der gewapneten Medizin ist bereit, der öffentlichen Meinung die eiserne Stirn zu bieten.

Was in Lübeck geschah, ist nur allzu neu, um schon vergessen zu sein, die Wogen der Erregung, die jene beispiellosen Ereignisse warfen, sind noch lange nicht veredelt und die Aufrollung des großen Problems „Schuld der Kette“ oder „des motor“, die in den nächsten Tagen in Lübeck vor sich geht, wird noch einmal die ganze zivilisierte Menschheit schauernd aufhorchen lassen.

Vor einigen Jahren trat der französische Bakteriologe Calmette mit einer Entdeckung, die seinen Namen in allen Ländern bekannt machte, vor das Forum der Welt. Calmette behauptete, eine Methode gefunden zu haben, die es ermöglichte, die Tuberkulose, der die Medizin bis dahin trotz allen gegenseitigen Behauptungen vollkommen machtlos gegenüberstand, wirkungsvoll zu bekämpfen. Calmette verobrechtete an gesunde Kinder lebende Tuberkelbazillen, die er durch verschiedene Prozeduren soweit verändert hatte, daß sie, nach seiner Behauptung, bei Mensch und Tier keine Tuberkulose

mehr hervorriefen, wohl aber die Erzeugung von Schutzstoffen in dem geeigneten Organismus anregen sollten, welche dann im Falle einer natürlichen Infektion mit normalen Tuberkelbazillen den Keimstien vor dem Ausbruch der Krankheit schützen sollten. Um medizinisch zu sprechen: Calmette behauptete, mittels seiner Schutzimpfung bei gesunden Kindern eine aktive Immunität gegen Tuberkulose erzeugen zu können.

Seine, nach dem tragischen Ausgang eines riesenhaften Experimentes, das dem guten Ruf der Medizin größeren Abbruch tat, als ein Dutzend Nobelpreisträger im Laufe ihres Lebens aufbauen können, kommt eine beträchtliche Anzahl einflussreicher Mediziner zu der Einsicht, daß die praktische Anwendung der Calmettschen Methode zumindest verfrüht war. Das bittere an dieser Erkenntnis ist, daß sie schon vor der Impfung hätte bestehen können, ja hätte bestehen müssen. Die Suggestivkraft des Namens Calmette und seiner, wie man heute weiß, alles andere als einwandfreien Statistik war zu groß und die Stimmen der weichen nüchternen Skeptiker, die sich damals warnend erhoben, mußten so lange ungehört verhallen, bis das Sterben der Lübeder Kinder brutal die Binde auch von den blindesten Augen riß.

Die Richter stehen vor einer ebenso schmerzlichen wie undankbaren Aufgabe, vor der Lösung einer Mischung mit vielen Unbekannten, vor der Fällung eines Urteils, das unter allen Umständen Widerspruch erregen wird.

Sie werden urteilen müssen, ohne einen greifbaren Beweis in der Hand zu halten, sie werden Recht sprechen müssen, ohne zu wissen, wo das Recht aufhört und das Unrecht beginnt. Ueber diesen Prozeß wird vom ersten bis zum letzten Tage das drohende Gespenst des Fehl-

urteils schweben und der Richter wird salomonischer Weisheit bedürfen, um in dem Labyrinth der Widersprüche der Sachverständigen den dünnen Faden der wahren Tatsachen zu finden, der doch nicht zum Ziele führen wird. Denn die Sachverständigen sind diesmal Gelehrte, die sich bitterernst nehmen und die einander auf das Recht der eigenen originellen Meinung pochend, notwendigerweise ebenso widersprechen werden, wie sich die Ergebnisse ihrer Wissenschaft widersprechen.

Es gilt im Grunde nur zwei Fragen zu lösen. Hatte Professor Dehde das Recht zu impfen? Die Schulmedizin wird es ihm kaum absprechen können, da die weitaus überwiegende Zahl aller Fachgelehrten die Impfung prinzipiell befürwortete. Die Wissenschaft stellte sich in rührender Abhängigkeit hinter ein Experiment, ohne zuzugeden, daß es ein Experiment war, ja vielleiht, ohne es wirklich zu wissen.

Die zweite Frage ist schwerwiegender. Unterließ Dehde ein Verstum und verwechselte er, wie es von vielen Seiten behauptet wird, das unschädliche Röhren von Calmette mit echten, tödlichen Tuberkelbazillen? Niemand wird sie mit reinem Gewissen reiflos behauptend beantworten können, und alles Positive werden Indizien sein, die auf dünnen, schwanfenden Beinen stehen.

Die einen werden diese Meinung vertreten, die anderen jene und dazwischen wird unklar wie das Schicksal der Tuberkelbazillen schweben, ein kleines, unmaßbares, lebendes Etwas, von dem Zeitschriften, Verleger und Spezialisten ebenso sicher leben wie die Kranken an ihm zugrunde gehen und von dem unsere Wissenschaft trotz dem hohen Rufe, das sie gerne verleiht, im Grunde nichts, aber auch gar nichts weiß. Dieje-

Erkenntnis ist mit dem Tode der Lübeder Kinder allzu teuer erkauft.

Alles außer diesen Fragen ist nebensächlich. Man hätte früher etwas gemerkt, wenn man die Kinder von allem Anfang an beobachtet hätte! Vielleiht, aber man hat, als man schon deutlich genug merkte, daß nicht alles in Ordnung war, noch immer keinen Murrat gewittert, teils weil jene suggestive Kraft der Calmettschen Idee zu stark war, um von dem Schatten des Todes, der über einigen Kindern schwebte, überzunden werden zu können, teils weil die Medizin versagte, als es darauf ankam, nicht zu verjagen.

Wohnten die verantwortlichen Männer in Lübeck leichtfertiger handeln, als sie sollten, ihre Wissenschaft muß ihnen, wenn sie ehrlich sein will, das Zeugnis ausstellen, daß sie, dank ihr, kaum leichtfertiger handelten, als sie durften. Es gab kein Verstoß, das Verbrechen in den impfenden Arm gefallen wäre, und der Völkerverbund, seit seiner Geburt befreit, Enttäuschungen zu bereiten, sognete das Calmettsche Verfahren von dem hohen Sockel seiner Unantastbarkeit aus.

Die Wissenschaft wächte, wie immer, ihre Hände in Unschuld. Die Öffentlichkeit denkt darüber anders. Und das ist ihr gutes Recht und ihre Pflicht. Die Deffentlichkeit glaubt an die Medizin als eine Heilerin der Menschheit, aber sie negiert den Gögen, der seinen Selbstzweck auf der Basis seiner eigenen Impotenz zu begründen sucht.

Der Lübeder Prozeß wird keine Entwicklung ebnen, wie jeder andere Prozeß auch und das Urteil, mag es ausfallen wie es will, wird vermutlich nicht nur angefochten werden, es wird auch anfechtbar sein. Und die Medizin? Die Medizin wird behaupten, sie hätte etwas zugelehrt.



